

Schreibt der „Berliner Volkszeitung“ unter anderem: Diese Maßnahme mußte erfolgen, aber sie ist gegen niemand gerichtet. Sie dient allein einer Verstärkung des Schutzes gegen die aggressiven Drohungen, denen das Reich in ständig zunehmendem Maße durch die Aktivitäten einzelner seiner Nachbarn ausgesetzt ist. Die Welt hat soeben die Entfaltung über den roten Militarismus erlebt. Millionenmassen an Menschen und Angriffswaffen haben die Sowjets vornehmlich in den westlichen Bezirken Russlands aufmarschieren lassen, und es kann nirgends ein Zweifel darüber bestehen, daß dieser Aufmarsch gegen Europa gerichtet ist. Das Herz Europas aber ist das Deutsche Reich. Das Blatt weist darauf hin, daß der Bürgerkrieg in Spanien zeige, daß Moskau nichts hindere, jede sich bietende Gelegenheit für seine Zwecke, für den bolschewistischen Umsturz auszunützen. — „Der Volkszeitung“ erinnert ferner an die Sowjetverordnung vom 11. August über die Vorverlegung des Wehrdienstalters sowie an die Tatsache, daß die mit dem Volkswissen verbündeten Militärstaaten Frankreich, Belgien und die Niederlande ebenfalls seit längerem eine verlängerte Dienstzeit eingeführt haben. Das Reich hole jetzt also nur etwas nach, was längst notwendig gewesen sei. Die Verlängerung der Dienstzeit, das weiß jeder unter uns, dient allein der Sicherung des Friedens und ist kein Anlaß, irgend wie in eine Kriegspolizei zu verfallen. Es handelt sich um eine Maßnahme, die allen Möglichkeiten der Zukunft vorbeugt und dadurch das Gefühl der Zurückgewinnung und der Sicherheit erhöht.“

In der „Berliner Volkszeitung“ heißt es: Wenn ein Volk für seine Sicherheit in einem Maße Vorsorge trifft, das angreiflichen und freilichlosen Elementen die Luft zum Angriff nimmt, so erweist es nicht nur sich selbst, sondern auch der Umwelt einen unerschätzbaren Dienst im Interesse der Erhaltung des Friedens. Es erweist sich auch die Einführung der verlängerten Dienstzeit als eine Maßnahme, die dem deutschen Volk und dem Weltfrieden dient. Nachdem jetzt Russland die ungeheure Vermehrung des Militärbestandes seiner Wehrmacht beschloß und dadurch die Herstellung des europäischen Gleichgewichts erneut gefährdet hat, war es für das Deutsche Reich, dessen Wehrmacht noch dazu die schwachen Geburtenjahrgänge zu überwinden hat, eine vom Gebot der Selbstbehaltung geführte Pflicht, durch die Einführung der verlängerten Dienstzeit seine Sicherheit zu verfestigen und dem deutschen Staatsbürger das für die normale Entwicklung des Volkslebens notwendige Gefühl der Sicherheit des Landes zu geben.

Auch die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ betont: Wir Deutsche wollen auf keinen Fall den Krieg. Wir wollen nicht, daß unser Wiederaufbau gelähmt wird, und wir wollen uns erst recht nicht von den Bolschewisten das Geseß des Handels vorstreifen lassen. Die Ereignisse der jüngsten Vergangenheit haben erneut die rote Weltgefahr erwiesen, leider aber auch die Tatsache, daß diese Gefahr in den großen Ländern des Westens nicht richtig erkannt wird. Das nationalsozialistische Deutschland hat den Schutzwall gegen den Kommunismus errichtet, nicht nur im Innern, sondern gleichzeitig dadurch, daß Deutschland wieder ein wehrfähiges Volk wurde. Angesichts der verstärkten Aggressivität des Kommunismus mußte dieser Schutzwall verstärkt werden.

Die „Neuzeitung“ sagt: Die Einführung der zweijährigen Dienstzeit in Deutschland stellt keine Aggressionsmaßnahme dar, durch sie wird nur etwas nachgeholt, was die anderen um uns herum bereits voraushaben. Es handelt sich dabei lediglich um einen vorübergehenden Schritt und um die Dokumentierung, daß Deutschland und seine nationalsozialistische Regierung in gar keiner Weise gewillt sind, sich zu einem Kriegsschauplatz für die rote Armee machen zu lassen. Der Schritt des Führers legt dem deutschen Volke Opfer auf, Opfer, die vor allem die deutsche Jugend zu tragen haben wird. Aber wir sind sicher, daß die deutsche Jugend ihre Pflicht in stolzer Haltung tragen wird und mit dem Bewußtsein, daß sie dies dem Vaterlande, dem deutschen Volke und seiner Sicherheit schuldig ist.

Das „Berliner Tageblatt“ schreibt: Wir sind uns dessen bewußt, daß die Notwendigkeit diesen Schritt diktiert hat, daß er lebensfördernd wirkt durch die vermehrte Sicherheit, die er dem allgemeinen Bestand Deutschlands und Europas bringt. Die Bedeutung der Wehrmacht wird durch den Entschluß vom 21. August uns noch fester vor Augen stehen als bisher. Das Gewicht der Gründe für die Verdoppelung der Dienstzeit wird die persönlichen Opfer, die jeder junge Deutsche vor allem zu bringen hat, im Ansehen des Landes heben, und die Armeemehrung mehr denn je von dem Vertrauen und der Achtung der Gesamtheit getragen werden.

Die „Germania“ erklärt: Die Einführung der zweijährigen Dienstzeit ist die logische Antwort auf die außenpolitische Entwidlung. Sie ist kein Normalsignal, sie bedeutet nicht, daß erste Ereignisse vor der Tür stehen, sie soll vielmehr gerade den Eintritt derartiger Ereignisse verhindern. Sie ist ein Vorbeugungsmittel und keine Wehrkultur und darum letzten Endes eine neue Friedensgarantie.

Englische Empörung über den neuen Rechtsbruch eines roten Kriegsschiffes

In London herrscht große Empörung darüber, daß das Kriegsschiff der Madrider Regierung „Miguel de Cervantes“ den englischen Dampfer „Gibel Jerjon“ angehalten und durchsucht habe. Die Empörung ist um so größer, als dieser Zwischenfall erfolgte, nachdem erst am Sonntag die spanische Volksfrontregierung in London die Versicherung abgegeben hatte, daß englische Schiffe unbehelligt bleiben würden. Gleichzeitig drückt die englische Presse ihre Befriedigung aus, daß sofort britische Kriegsschiffe zur Stelle waren, um der britischen Rechtsforderung nachdruck zu verleihen. Als der Kapitän der „Gibel Jerjon“ nach Gibraltar um Hilfe funkte, wurden sofort der 32 000-Tonnen-Zählschiffkreuzer „Reynolds“, das Flottenführerschiff „Coburington“ und der Zerstörer „Woolsey“ unter Vollampf an Ort und Stelle beordert. Auf der „Reynolds“ war, als sie von Gibraltar auslief, „Alarich zum Geseß“ und „Alle Mann auf Geleitsstation“ befohlen worden. Der Kommandant der „Coburington“ hatte

Befehl zum Feuer gegeben, falls Widerstand erfolgen würde.

Der Kapitän der „Coburington“ begab sich dann an Bord des spanischen Kreuzers „Miguel de Cervantes“ und erhob gegen den Eingriff in die englische Schifffahrt Protest. Der Kapitän der „Cervantes“ entschuldigte sich, als er die britischen Schiffe auf sich gerichtet sah.

Deutschland verbietet Waffenexport nach Spanien.

In der Erwartung, daß auch die übrigen beteiligten Regierungen das Erfordernisse veranlassen.

Wie das Deutsche Nachrichtenbüro meldet, ist die deutsche Regierung davon in Kenntnis gesetzt worden, daß sich alle in Frage kommenden Staaten der vorgeschlagenen Erklärung über eine Waffensperre gegenüber Spanien angeschlossen haben. Die deutsche Regierung hat daraufhin der französischen Regierung mitgeteilt, daß sie die Waffensperre in Deutschland nunmehr mit sofortiger Wirkung in Kraft setzen werde.

Dieser Beschluß ist gefaßt worden, obwohl die Erörterungen mit der Regierung in Madrid über die Freigabe des deutschen Transportfluggewebes noch nicht haben abgeschlossen werden können. Selbstverständlich wird dadurch die an die spanische Regierung gestellte Freigabeforderung nicht berührt. Die deutsche Regierung hat im übrigen bei ihrer Mitteilung an die französische Regierung der dringenden Erwartung Ausdruck gegeben, daß jetzt auch die übrigen beteiligten Regierungen, soweit dies noch nicht geschehen ist, das Erforderliche veranlassen, um die verabredeten Maßnahmen wirksam zur Durchführung zu bringen.

Der Beschluß Deutschlands, sich der Waffensperre gegenüber Spanien anzuschließen, wird in amtlichen englischen Kreisen, wie aus London gemeldet wird, mit großer Befriedigung aufgenommen. In London leitete man aus der neuen Gesamtlage die Hoffnung ab, daß es gelingen wird, den spanischen Bürgerkrieg zu lokalisieren und die Gefahr europäischer Verwicklungen zu bannen.

Getreu dem vom ersten Tage an vertretenen Standpunkt, daß eine Nichteinmischung anderer Staaten in den

spanischen Bürgerkrieg unbedingt notwendig ist, hat sich die deutsche Regierung zu einem entsprechenden Vertrag entschlossen. Die Anregung der französischen Regierung hat damit ihre Verwirklichung gefunden. Es ist nur zu hoffen, daß die Verpflichtung nicht eine rein formale Angelegenheit bleibt. Frankreich selbst hat den Nachweis zu erbringen, daß seine Regierung, nachdem sie sich zur Nichteinmischung bekannt hat, auch die Parteipolitikorganisationen und Gewerkschaften zwingt, ihre einseitige Hilfeleistung zugunsten der Madrider Volksfrontregierung einzustellen.

Was Sowjetrußland anbetrifft, so bezweifeln wir nach wie vor, daß sich Moskau irgendwie binden wird, zumal es genug europäische Staaten gibt, die trotz der drohenden Gefahr des Bolschewismus nicht unternehmen, um dieser Gefahr zu begegnen. Ein Nichteinmischungsvertrag wird daher nur dann ein wirksames Instrument werden können, wenn daraus eine geschlossene Front gegen die Pragmatiker in Spanien entsteht, d. h., wenn sich das bedrohte Europa gegen die Offensive des Bolschewismus aufeinanderstellt.

Der Beschluß der Reichsregierung, die Ausfuhr von Kriegsmaterial nach Spanien mit sofortiger Wirkung zu verbieten, findet auch in Italien lebhafteste Beachtung. Man sieht in dieser Maßnahme einen wichtigen Beitrag zur Erreichung einer wirklichen europäischen Neutralitätsverpflichtung gegenüber den spanischen Wirren.

Auch in den zuständigen Pariser Kreisen ist die Nachricht von dem deutschen Waffenembargo mit tiefer Befriedigung aufgenommen worden. Man ist der Ansicht, daß die deutsche Entscheidung eine Entspannung in der internationalen Lage, wie sie durch die Wirren in Spanien entstanden ist, einleiten werde.

Über 6000 Morde in Madrid

Greuelthaten der entmenschten Kommunisten.

Die demokratische „Politiken“ in Kopenhagen veröffentlicht einen Bericht ihres nach Spanien entsandten Sonderberichterstatters über die Lage in Madrid.

Der Berichterstatter schrieb nach einem Besuch in Barcelona, Alicante und Madrid am Sonntag nach Marjelle zurück, von wo er seinen Bericht durchgab, so daß dieser nicht der spanischen Zensur unterworfen war. Einleitend stellt der Berichterstatter auf Grund eines Besuchs an den verschiedenen Frontabschnitten bei Madrid fest, daß der Würgergriß der nationalen Generale um die Hauptstadt von Tag zu Tag fester werde. Die Gefahr für die Madrider Regierung komme im Augenblick aber nicht von außen sondern angesichts des wachsenden Terrors des roten Mechs von innen.

Nach seiner Rückkehr von der Front sei, so heißt es in dem Bericht, das blutige Bevölkerungsbild der Barro Roncos in wildem Aufruhr gewesen.

Eine rasende Menschenmenge habe versucht, das Carcel Modelo, das sogenannte Modelgefängnis, in Brand zu setzen, worin über 400 politische Gefangene eingesperrt

gewesen seien. Als der Berichterstatter mit einem französischen Kollegen und begleitet von zwei ihm vom Kriegsministerium beigegebenen Milizsoldaten zum Gefängnis gekommen sei, seien alle Straßen in der Nähe des Gefängnisses von bewaffneten Männern und Frauen besetzt gewesen, die in größter Erregung alle Vorbeigehenden mit ihren Revolvern und Gewehren bedroht hätten. Sie hätten fast ausschließlich den beiden extremen Gruppen, der Anarchisch-fundamentalistischen nationalen Arbeitervereinigung CNT und den Sturmtruppen der Vereinigung überlicher Anarchisten FAJ angehört, die beide in starker Opposition zu der Sozialdemokratie stünden. Aus dem Gefängnis habe man, so heißt es weiter, das Schreien der Gefangenen gehört, während draußen die Anarchisten unter Loben ihre Waffen ausschlangen hätten. Vor dem Tor des Gefängnisses habe totenbleich und mit verzerrten Gesichtszügen der Direktor des Gefängnisses gestanden, der erklärte, daß der Brand, der durch Zufall ausgebrochen sei, bereits gelöscht sei, dann den Berichterstatter aber anforderte, sich zu entfernen. Im selben Augenblick habe man aus dem Gefängnis etwa 20 Schüsse und beim Wegfahren noch eine Salve gehört. Im Anschluß hieran stellt der Korrespondent fest, daß die FAJ, die glaubte, die Hinrichtungen gingen nicht schnell genug vor sich, das Gefängnis in Brand gesetzt habe. Auf den Anruf des Gefängnisdirektors beim Ministerium sei ihm erklärt worden, daß man versuchen wolle, mit der FAJ zu verhandeln. Eine Viertelstunde später sei

von dem Ministerium der Befehl gekommen, 50 der Gefangenen zu erschießen; das sei die Mindestforderung der FAJ gewesen.

Am Abend habe die Regierung eine Erklärung veröffentlicht wonach es sich um eine Verschwörung faschistischer Gefangenener handele, die versucht hätten, das Gefängnis in Brand zu setzen, die Schuldigen seien jedoch bestraft worden. Am Tage vorher hätten die Angehörigen der FAJ dem alten General Lopez Dchoa, der wegen der Ereignisse von 1934 verhaftet worden war, sich aber im Militärhospital in dem vier Kilometer von Madrid entfernten Ort Garabandal befinde, aus dem Bett geholt und verlangt, daß er ihnen im Hofmann folgen solle.

Nachdem sie ihn erschossen hätten, hätten sie ihm den Kopf abgeschnitten und diesen auf einer Stange in großem Freudenzug vor die Wohnung des Generals in Madrid

und dann dem Peseo del Prado entlang getragen. Die Polizei habe nicht eingreifen können, da es keine Polizei gebe, die Witz vielmehr selbst Polizei sei.

Einige Zeit vorher hätten sich 110 Mönche, darunter zwei weltbekannte katbolische Gelehrte, aus Escorial nach Madrid gegeben, weil sie glaubten, dort in größerer Sicherheit zu sein; keiner von ihnen hätte jedoch Madrid erreicht.

Ein Eisenbahnzug mit 200 Gefangenen aus der Provinz Jaen wurde acht Kilometer vor Madrid zur Entladung gebracht und in einem Abgrund gekürzt.

Um den nächtlichen Hinrichtungen Einhalt zu gebieten, habe, so heißt es in dem Bericht weiter, die Reati-

zung angeordnet, daß alle Haus Türen um 23 Uhr geschlossen werden müßten und nachher niemand ohne Schlüssel in die Häuser hineinkommen dürfe. Nun kommen die FAJ-Mitglieder einfach fünf Minuten vor 23 Uhr ober verschaffen sich in der Nacht mit Dietriden Zugang.

Man rechnet in Madrid mit über 6000 Morden, von ausländischer Seite für dem Korrespondenten die genaue Zahl mit 6000 angegeben worden.

Zum Schluß stellt der Berichterstatter fest, daß die FAJ das große Problem in Spanien sei. Sie habe die Macht in Barcelona, wo sie am stärksten sei, und in Valencia, wo die Morde in wachsendem Tempo vor sich gingen. In Madrid hätten die Sozialisten die überwiegende Mehrheit. Die Partei sei sich jedoch klar darüber, daß es keinen Frieden gebe, ehe sie mit der FAJ fertig sei. In Barcelona gehörten die kommunistischen Mitglieder der FAJ und den Sozialisten Verein zur Tagesordnung und in Madrid hätten ihm drei sozialistische Abgeordnete erklärt, sie wästen nicht, ihre Kinder und Enkel auf die Straße gehen zu lassen.

18 Regierungsflugzeuge vernichtet

Bombenangriff nationalistischer Flieger auf Madrider Flugplatz.

Das Hauptquartier der nationalistischen Seearmee in Spanien teilt mit, daß die Luftstreitkräfte des Generals Franco bei einem großen Flugangriff auf den Madrider Flugplatz 18 der besten Flugzeuge der Volksfrontregierung vernichtet haben.

Etwa 200 Bomben seien abgeworfen worden. Da die Maschinen der Regierung in Reich und Glied vor den Hallen aufgestellt waren, hätten sie ein gutes Ziel geboten.

Im Lager der Militärgruppe verspricht man sich sehr viel von diesem Fliegerangriff, da man glaubt, daß die Luftflotte der Regierung nunmehr zu geschwächt sei, daß sie nicht mehr zu fürchten sei.

Nus meinerer Heimat.

Wilsdruff, am 25. August 1936.

Spruch des Tages

Wir wissen auch, daß alle menschliche Arbeit vergänglich sein muß, wenn über ihr nicht der Segen der Vorsehung leuchtet.
Adolf Hitler.

Jubiläen und Gedenktag

26. August.

- 1666 Der niederländische Vater Frans Hals gestorben.
- 1806 Der Buchhändler Johann Philipp Palm auf Befehl Napoleons I. erschossen.
- 1818 Hegel blüht über die Franzosen an der Kapbach.
- 1813 Der Freiheitsdichter Theodor Körner bei Gadebusch gefallen.
- 1915 Eroberung von Brest-Litovsk.
- 1921 Der Dichter Ludwig Thoma gestorben.

Sonne und Mond.

26. August: S.-M. 5.00, S.-U. 19.02; M.-M. 15.14, M.-N. 22.43

Marsch für eine große Idee

Kürzlich erst ist im Dunkel der Berliner Sommernacht das olympische Feuer festsitz erloschen, und schon steigt über den Binnen der ehrenfesten Reichshofhainberg das Morgengraue eines neuen festlichen Tages auf. Die ihn, als erste grüßen werden, sind die Söhne der Hitler-Jugend, die ausgewählt sind, ihre Symbole vor dem Führer zu zeigen. Während die Wälder der Welt auf das brausende Reichsportfeld gerichtet waren, zum Teil sogar noch früher sind sie schlicht und still in allen Ecken des Vaterlandes zum Adolf-Hitler-Marsch aufgedrungen.

Nun flattern im Norden und Süden, im Westen und Osten über deutschen Landstrassen die 380 Baumfahnen.